

Franz-Karl Nieder

Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus (Landtag) im Gebiet des heutigen Kreises Limburg/Weilburg 1867 bis 1913

Der Wiener Kongress hatte festgelegt: „*In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung Statt finden.*“¹ Doch viele Staaten, darunter Preußen, haben in der Zeit der Restauration solches einfach „vergessen“. Die Herrscher wollten sich durch eine Verfassung nicht binden lassen. Erst im Revolutionsjahr 1848, am 5. Dezember, bequeme sich König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, seinen „Untertanen“ eine Verfassung in Aussicht zu stellen; am 31. Januar 1850 trat sie in Kraft. Diese Verfassung sah zwei Kammern vor, das Preußische Herrenhaus des Adels, beschickt nur vom König, und das Preußische Abgeordnetenhaus. Ging der ursprüngliche Plan des Jahres 1848 noch von einer allgemeinen Wahl des Abgeordnetenhauses aus, so wurde 1850 das „Dreiklassenwahlrecht“ eingeführt. Seit dieser Zeit hatten die Menschen eine – wenn auch sehr geringe – Möglichkeit der Einflussnahme auf die große Politik.

Das Abgeordnetenhaus verweigerte, nachdem dort die liberale Fortschrittspartei die Mehrheit erringen konnte, seit 1862 die notwendigen Etatmittel für eine Armeereform. „*Dies führte zu einer Blockierung der verfassungsmäßigen Verabschiedung des gesamten Staatshaushalts. Der König berief im Herbst 1862 mit Otto von Bismarck einen Ministerpräsidenten, der bereit war, auch ohne die vorgeschriebenen Rücksichten auf das Parlament die Staatsgeschäfte zu führen.*“² Um all das brauchte man sich in Nassau nicht zu kümmern. Preußen war weit weg, wenigstens bis 1866. Dann siegte Preußen über Nassau; das Herzogtum Nassau verschwand von der Landkarten; Nassau wurde Regierungsbezirk im Lande Preußen. Das wurde von den einen freudig begrüßt, während andere dem neuen Staat äußerst reserviert gegenüber standen. Zu den Skeptikern gehörten vor allem die Katholiken, und die waren im Gebiet des 1867 geschaffenen Landkreises Limburg in der Überzahl. So hat z. B. Pfarrer Matthias von Niedertiefenbach den Eid auf den preußischen König verweigert; er wurde als Pfarrer abgesetzt. Es wird als Witz erzählt, ein Pfarrer habe auf Befehl hin gepredigt, „*dass wir preußisch geworden sind, und zwar erstens, wie sehr wir uns darüber freuen müssen, und zweitens, dass wir es um unserer vielen Sünden willen nicht besser verdient haben.*“³

Eine Wahl nach dem Geldbeutel

Die Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus war eine indirekte Wahl. Die Wahlberechtigten wählten in der „Urwahl“ Wahlmänner, und diese wählten dann den Abgeordneten ins preußische Parlament. Die Urwahl verlief nach dem sog. Dreiklassenwahlrecht. Zunächst wurde eine Liste aller Steuerzahler aufgestellt mit dem von ihnen gezahlten Steuerbetrag, und zwar in der Reihenfolge der von den Einzelnen gezahlten Steuer. Dann wurde so lange addiert, bis ein Drittel der Gesamtsteuersumme erreicht war. Damit standen die Wähler der 1. Klasse fest. In gleicher Weise wurden die Namen der 2. und der 3. Klasse ermittelt. Die Listen wurden veröffentlicht, und zwar mit dem gezahlten Steuerbetrag jedes Einzelnen. Die Steuerklassen waren unterschiedlich groß; in der ersten Steuerklasse 1 befanden sich nur wenige Wähler, in der dritten weitaus die meisten. Jede Steuerklasse wählte jedoch die gleiche Anzahl an Wahlmännern, gleichgültig, ob in der ersten Steuerklasse nur 10 und in der dritten Steuerklasse 800 Wähler waren. Dieses Wahlrecht, nach dem auch die Stadt-

¹ Artikel 13 der Deutschen Bundesakte des Deutschen Bundes.

² PARENT, Thomas: Der „Feldzug“ nach Oberlahnstein (23. Juli 1865). In: Nassauische Annalen Jg. 94 (1983) S. 169-183, hier S. 169.

³ SCHATZ, Klaus, Geschichte des Bistums Limburg (Quellen und Abhandlungen der mittelrheinischen Kirchengeschichte 48) 1983, S. 164. – Mehrere Beschwerden von „preußisch Gesinnten“ über die Haltung vieler Katholiken bringt: Norbert Zabel, Die erste nassauische Kreisreform (1848 - 1854) - Die Entstehung des Oberlahnkreises (1867) – Limburg wird Kreisstadt (1886). In: Limburg / Weilburg, Beiträge zur Geschichte des Kreises. Hg. vom Kreisausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg, der Kreissparkasse Limburg und der Kreissparkasse Weilburg. Limburg 1986, S. 281 - 291, hier S. 286 f.

verordnetenwahlen durchgeführt wurden, ist erst 1918 aufgehoben worden. Zum festgelegten Zeitpunkt hatten alle Wahlberechtigten zu erscheinen. Die Aufgerufenen mussten an einen „zwischen der Wahlversammlung und dem Wahlkommissarius aufgestellten Tisch“ treten und öffentlich den Namen desjenigen nennen, dem sie ihre Stimme geben; der Protokollführer trug die Namen der Gewählten neben die Namen der Wahlberechtigten in eine Liste ein.⁴ Einige Tage später war dann die Wahlversammlung der gewählten Wahlmänner. Hier wurde nicht nach Klassen gewählt; alle hatten das gleiche Stimmrecht. Es war jedoch wieder eine Wahl, bei der der Name des Gewählten öffentlich genannt werden musste. Schied ein Gewählter während der Legislaturperiode aus, erfolgte eine Ersatzwahl durch die Wahlmänner; eine Urwahl erfolgte in diesem Fall nicht.

Eine Folge des Dreiklassenwahlrechtes war, „dass die wenigen Höchstbesteuerten (1908: 4% der Gesamtbevölkerung) ebenso viele Wahlmänner bestimmten wie der große Anteil der Geringverdiener in der dritten Klasse (1908: 82%).“⁵ Hinter diesem Wahlrecht stand die Idee einer Dreiklassengesellschaft; der elitären reichen Oberschicht standen das wohlhabende Bürgertum und die Masse der „einfachen“ Leute gegenüber. Auch die drei Schultypen Gymnasium, Realschule und Elementarschule entsprachen in etwa der Idee der Dreiklassengesellschaft.

Gewählt wurde sowohl in der Urwahl wie auch in der Wahl durch die Wahlmänner nach dem Mehrheitswahlrecht; gewählt war derjenige, der die meisten Stimmen hatte. Für die Zusammensetzung eines Parlamentes ist dies jedoch eine sehr undemokratische Wahl. Rein theoretisch könnten in allen Gemeinden zwei Parteien antreten, die eine Partei erreicht in allen Gemeinden 55 Prozent der Stimmen, die andere 45 Prozent. Beim Mehrheitswahlrecht würde die Partei, die überall 45 Prozent erreicht hat, mit keinem einzigen Sitz im Parlament vertreten sein. Auch der Reichstag wurde nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, jedoch - im Gegensatz zur Wahl des Preußischen Abgeordnetenhauses - in geheimer und direkter Wahl. Wie bei allen Wahlen der damaligen Zeit waren nur Männer wahlberechtigt und wählbar.

Die allgemeinen Wahlen fanden in der Regel jeweils in der zweiten Jahreshälfte statt; die Legislaturperiode begann am ersten Januar des folgenden Jahres und dauerte drei volle Jahre. Die erste Wahl zum Preußischen Abgeordnetenhaus nach der Annexion des Herzogtums Nassau durch Preußen fand 1867 statt; es war die Wahl zur zehnten Legislaturperiode.

Parteien

Die damals im Unterlahnkreis, im Oberlahnkreis und im Landkreis Limburg agierenden Parteien seien kurz vorgestellt:

Die Deutsche Fortschrittspartei, 1861 im preußischen Abgeordnetenhaus gebildet, war eine linksgerichtete Partei des Liberalismus; sie trat für Demokratie und Parlamentarismus auch in Preußen ein. Daher stand sie in Opposition zur Politik Bismarcks. 1884 ging die Fortschrittspartei in der Deutsch-Freisinnigen Partei auf.

Die National-Liberale Partei ging 1867 aus einer Spaltung der Deutschen Fortschrittspartei hervor, gegründet von Abgeordneten des rechten Flügels der Fortschrittspartei, die der Politik Bismarcks positiv gegenüber standen. Die Nationalliberalen, die vor allem das gebildete und vermögende Bürgertum vertraten, wurden im Kulturkampf gegen die katholische Kirche eine Hauptstütze Bismarcks. Aber auch sie geriet ab 1877 in Opposition zu Bismarck, weil sie dessen Pläne zur Erhöhung der indirekten Steuern und zur Einführung eines Tabakmonopols als Eingriff in das Wirtschaftsleben ablehnten. 1884 ging die Partei teilweise in der Deutsch-freisinnigen Partei auf.

⁴ § 29 des Reglements über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten vom 10.07.1870, zitiert nach LANGE, Ulrich: Wahlen, Parteien und Bürgerinitiativen. In: Limburg / Weilburg (wie Anm. 3), S. 403-415, dort S. 406

⁵ ROLOFF, Thomas: Dreiklassenwahlrecht. In: Das Preussenlexikon; Hrsg. Generalverwaltung des vormals regierenden Preussischen Königshauses, Berlin.

Die Deutsch-Freisinnige Partei ging 1884 aus der Fortschrittspartei und Teilen der National-Liberalen Partei hervor. Sie zerfiel 1893/94 in die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung; 1910 vereinigten sich jedoch beide wieder zur „Fortschrittlichen Volkspartei“.

Die (Deutsch-) Konservative Partei, die sich 1876 aus den sogen. Altkonservative entwickelte, bestand überwiegend aus Angehörigen des Adels, der Großgrundbesitzer, des Heeres, der Geistlichkeit und der höheren Beamten. Sie war eine Stütze der Politik Bismarcks. Als der Kaiser am 7. April 1917 die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes zusagte und am 11. Juli 1917 der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes zustimmte, widersetzte sich dem die Konservative Partei.

Das Zentrum, im Dezember 1870 gegründet, war die Partei des politischen Katholizismus in einem Reich, „*das unter preußischer Führung als evangelisches Kaisertum die Katholiken zur hoffnungslosen Minorität machte*“. ⁶ Das Zentrum stand zunächst der Politik Bismarcks ablehnend gegenüber, vor allem zur Zeit des Kulturkampfes. Der Kulturkampf brachte eine Erstarkung des Zentrums, jedoch auch eine konfessionelle Verengung mit sich. Später stützte das Zentrum die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reichskanzlers. Es wurde zeitweise zur stärksten Partei im deutschen Reichstag.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands taucht bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in den beiden Wahlkreisen Limburg und Oberlahnkreis nur einmal auf: Bei der Abgeordnetenwahl am 16. Juni 1888 kandidierte der in Frankfurt ansässige Sozialdemokrat Langes im Oberlahnkreis; er erhielt 1 von 217 Stimmen. Auch im Abgeordnetenhaus war die Sozialdemokratie 1913 mit 10 von 443 Mandaten (2,3 Prozent) schwach vertreten. Bei der Urwahl votierten noch 28,4 Prozent für einen Sozialdemokraten als Wahlmann; die Wahlmänner gaben zu 6,9 Prozent einem Sozialdemokraten ihre Stimme. ⁷ Das Wahlrecht machte es möglich, dass von 28,4 Prozent schließlich 2,3 Prozent übrig blieben.

Nachdem Nassau dem Königreich Preußen einverleibt worden war, hat der preußische Staat in einer Verordnung vom 22. Februar 1867 „*die Organisation der Verwaltungsbehörden in dem vormaligen Herzogthum Nassau*“ neu geregelt. Im Regierungsbezirk Wiesbaden wurden 12 Kreise gebildet, „*welche folgende Benennung und Ausdehnung erhalten:*

- 4) *Ober-Lahn-Kreis, aus den Aemtern Weilburg, Hadamar und Runkel, mit der Kreisstadt Weilburg,*
- 5) *Unter-Lahn-Kreis, aus den Aemtern Limburg, Dietz, Nassau und Nastädten, mit der Kreisstadt Dietz.*“ ⁸

Der Unterlahnkreis (1867 - 1885)

Das Amt Limburg gehörte, wie bereits notiert, zum Unterlahnkreis. Der Unterlahnkreis bildete den Wahlkreis 244; Wahlort war Diez. Der Wahlkreis wählte einen Abgeordneten ins Berliner Abgeordnetenhaus. ⁹ Die Zahl der Wahlmänner betrug im Zeitraum 1867 bis 1885 zwischen 242 und 264.

„*Der Wahlkreis war bis zur Gebietsreform 1885 durchweg im Besitz der Linksliberalen, die freilich nur in den 70er Jahren über eine unabhängige Position verfügten.*“ ¹⁰ Bei den Wahlen 1882 und 1885 wurde der Kandidat der liberalen Fortschrittspartei erst im zweiten Wahlgang, wohl mit Hilfe des Zentrums, gewählt.

⁶ NEUMANN, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik, Urban-Taschenbücher Nr. 175, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1986, S. 41.

⁷ KÜHNE, Thomas: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867 - 1918. Düsseldorf 1994, S. 54 f.

⁸ § 4 in: GesetzSammlung für die Königl.-Preußischen Staaten, 1867, S. 275. - Vgl. ZABEL, Norbert: Die erste nassauische Kreisreform (wie Anm. 3), S. 289.

⁹ Verordnung, betreffend die Bezeichnung derjenigen direkten Steuern, nach deren Maaßgabe die Urwähler in drei Abtheilungen geteilt werden . . . Vom 14. September 1867, dort Anlage. In: GesetzSammlung für die Königl.-Preußischen Staaten, 1867 (wie Anm. 8), S. 1483.

¹⁰ KÜHNE, Handbuch (wie Anm. 7) S. 690

- 1867: Bei der Wahlversammlung der Wahlmänner am 17. November (Urwahl am 30. Oktober) wurde der Gutsbesitzer Ludwig Born aus Langenscheid (Deutsche Fortschrittspartei) gewählt. Gegenkandidat war der Konservative Amtmann Winter aus Diez.
- 1870: Auch am 16. November (Urwahl am 29. Oktober) wurde Born mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Jurist Isbert aus Limburg, Kandidat des Zentrums, unterlag mit 16,5 Prozent.
- 1873: Born wurde bei der Wahl am 4. November (Urwahl am 28. Oktober) mit 83,1 Prozent erneut gewählt. Wieder war der Jurist Isbert sein Gegenkandidat. Am 1. Mai 1874 schied Born aus.
- 1874: In der erforderlichen Ersatzwahl wurde der Gutsbesitzer Karl Anton Mohr aus Niederneisen (Deutsche Fortschrittspartei) in der Wahlversammlung vom 22. Juli gewählt. Gegenkandidaten waren Kreisrichter Riedel (ebenfalls F) aus Limburg und Dr. Schirm aus Wiesbaden (Liberale Partei).
- 1876: Karl Anton Mohr aus Niederneisen wurde am 27. Oktober (Urwahl am 20. Oktober) mit 84,8 Prozent wiedergewählt. Das Zentrum (Isbert aus Limburg) erreichte nur 14,8 Prozent.
- 1879: Auch bei der Wahl am 7. Oktober (Urwahl am 30. September) konnte sich Mohr durchsetzen. Herausforderer waren Eduard Königstein von Niederbrechen (Zentrum) und Dr. Nasse (Deutschkonservative Partei).
- 1882: Die Urwahl fand am 19. Oktober, die Wahl durch die Wahlmänner am 26. Oktober statt. Erst im zweiten Wahlgang wurde Karl Anton Mohr mit Hilfe des Zentrums gewählt; Dr. Ernst Lieber aus Camberg (Zentrum) hatte seine Kandidatur im zweiten Wahlgang zurückgezogen.
- 1885: Bei der Wahl am 15. November (Urwahl am 29. Oktober) wurde Wilhelm Philipp Baseler, Gutsbesitzer in Michelbach (Deutschfreisinnige Partei) im zweiten Wahlgang gewählt. Gegenkandidaten waren Bahl (Zentrum) und der Fabrikant Wilhelm Schaffner aus Diez (Nationalliberale Partei). Baseler schied 1886 aus; bei der Ersatzwahl am 26. Januar 1887 gehörte jedoch das Amt Limburg nicht mehr zum Unterlahnkreis.

Der Kreis Limburg

In der Kreisordnung für Hessen-Nassau vom 7. Juli 1885 wurde der Kreis Limburg gebildet; das Gesetz trat am 1. April 1886 in Kraft. Der Kreis Limburg umfasste nunmehr das Amt Limburg, das bisher zum Unterlahnkreis gehörte, das Amt Hadamar aus dem Oberlahnkreis (jedoch ohne Niederiefenbach und Waldernbach) sowie aus dem Amt Idstein die Gemeinden Camberg, Dombach, Eisenbach, Erbach, Schwickershausen, Nieder- und Oberselters sowie Würges.¹¹ Seit 1886 bildete der Kreis Limburg den Wahlkreis 242 für die Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus, aus dem ein Abgeordneter zu wählen war. Wahlort für die Wahl des Abgeordneten durch die Wahlmänner war Limburg. Die Zahl der Wahlmänner schwankt bei den Wahlen 1888 bis 1916 zwischen 173 und 200. Die Wahlbeteiligung an der Urwahl war, gemessen an heutigen Vorstellungen, schlecht; sie betrug in den Jahren 1893 bis 1913 im Durchschnitt zwischen 14,5 und 16,6 Prozent. Es wundert nicht, dass die Wahlbeteiligung in der ersten Klasse am höchsten, in der dritten Klasse am geringsten war, hatten doch die Wähler der dritten Klasse durch die Wahl den geringsten politischen Einfluss. Die Wahlbeteiligung bei den vier Urwahlen in der Zeit von 1893 bis 1913 lag

- in der ersten Klasse zwischen 28,7 und 32,7 Prozent,
- in der zweiten Klasse zwischen 19,6 und 20,9 Prozent,
- in der dritten Klasse zwischen 11,7 und 14,6 Prozent.

„Der Wahlkreis war seit seiner Einrichtung eine Hochburg des Zentrums.“¹² Das Zentrum erreichte bei den Urwahlen einen Stimmenanteil von 84,0 bis 95,5 Prozent. Lediglich die Nationalliberalen kamen in der ersten Klasse auf 8,9 bis 11,7 Prozent, die restlichen Parteien blieben unter 5 Prozent. Es muss angemerkt werden, dass es erst mit der Einrichtung des Kreises Limburg und damit eines eigenen Wahlkreises möglich wurde, dass das Zentrum aus dem Limburger Raum einen Abgeordneten nach Berlin entsenden konnte.

¹¹ Kreisordnung für die Provinz Hessen - Nassau vom 7. Juli 1885, dort Anlage A: „Verzeichniß der Kreise in der Provinz Hessen-Nassau“. In GesetzSammlung für die Königl.-Preußischen Staaten 1885 Nr. 25, S. 193ff.

¹² KÜHNE, Handbuch (wie Anm. 7) S. 685 - 687, hier S. 686. Auch die folgenden Angaben aus Kühne.

- 1888: Bei der Wahlversammlung der Wahlmänner am 16. November (Urwahl am 30. Oktober) wurde der Limburger Kaufmann Peter Paul Cahensly (Zentrum) gewählt. Gegenkandidat war der Landwirt Philipp Fink aus Weyer (Nationalliberale Partei).
- 1893: Die Wahlversammlung am 17. November (Urwahl am 31. Oktober) wählte Peter Paul Cahensly zum Abgeordneten. Bergwerksdirektor Stippler kandidierte für die „Vereinigten Liberalen“.¹³
- 1898: Cahensly wurde wiedergewählt; die Urwahl fand am 27. Oktober, die Wahl durch die Wahlmänner am 3. November statt. Gegenkandidat war der Limburger Bauunternehmer und Stadtverordneter Johann Georg Brötz (Nationalliberale Partei).¹⁴
- 1903: Am 20. November (Urwahl war am 12. November) wurde Cahensly erneut gewählt. Gegenkandidat war ein Mitglied der Nationalliberalen Partei.
- 1908: Bei der Wahl am 16. Juni (Urwahl am 3. Juni) gab es keinen Gegenkandidaten; Cahensly wurde wiedergewählt.
- 1913: 183 Wahlmänner waren anwesend bei der Wahlversammlung am 3. Juni (Urwahl am 16. Mai); Cahensly erhielt alle 183 Stimmen; es war kein Gegenkandidat aufgestellt worden. Am 4. Februar 1916 ist Cahensly ausgeschieden. Er war Abgeordneter des preußischen Abgeordnetenhauses von 1885 an.
- 1916: Bei der Ersatzwahl am 27. April erhielt der Redakteur Heinrich Herkenrath aus Limburg (Zentrum) ebenfalls alle Stimmen der 149 Wahlmänner.

Der Oberlahnkreis

Der Oberlahnkreis bildete von 1867 bis 1885 einen eigenen Wahlbezirk, der einen Abgeordneten zu wählen hatte. Wahlort war Weilburg. Bei der Neugliederung 1885 gab es größere Veränderungen: Das Amt Hadamar kam zu Limburg; der Oberlahnkreis bildete mit dem neuen Kreis Usingen einen gemeinsamen Wahlbezirk. Weilburg blieb Wahlort. Auch nunmehr war nur ein Abgeordneter zu wählen. Die Zahl der Wahlmänner schwankte im Wahlbezirk vor der Umstrukturierung 1885 zwischen 206 und 213, nach der Umstrukturierung zwischen 210 und 232.

Die Wahlbeteiligung bei den vier Wahlen in der Zeit von 1893 bis 1913 lag

- in der ersten Klasse zwischen 32,3 und 54,6 Prozent,
- in der zweiten Klasse zwischen 16,8 und 35,7 Prozent,
- in der dritten Klasse zwischen 7,6 und 14,6 Prozent.

„Der Wahlkreis war durchweg stark umstritten, hauptsächlich zwischen vier Parteien: Zentrum, National- und Linksliberalen sowie Konservativen.“¹⁵ Die Wahlentscheidung fiel meist erst in einer Stichwahl in der Wahlmännerversammlung. Dafür waren Wahlabsprachen, also Wahlbündnisse, notwendig. Hier die Ergebnisse der einzelnen Wahlen, wobei nur die Gegenkandidaten, die im Oberlahnkreis wohnten, aufgeführt sind:

- 1867: Bei der Wahlversammlung der Wahlmänner am 16. November (Urwahl am 30. Oktober) wurde Johann Knapp aus Dauborn (Deutsche Fortschrittspartei) im ersten Wahlgang gewählt. Gegenkandidat war Johann Höchst aus Obertiefenbach (Zentrum).
- 1870: Am 16. November (Urwahl am 9. November) konnte sich Landrat Hahn (Konservative Partei) im zweiten Wahlgang mit Hilfe des Zentrums durchsetzen; Johann Knapp unterlag.
- 1873: Am 14. November (Urwahl am 28. Oktober) wurde Johann Knapp (nunmehr Nationalliberale Partei) gewählt. Knapp starb am 13. August 1875.
- 1875: Bei der durch den Tod von Knapp notwendig gewordenen Ersatzwahl vom 8. November 1875 wurde Kreisrichter Riedel aus Limburg (Deutsche Fortschrittspartei) gewählt.
- 1876: Erst im dritten Wahlgang am 27. Oktober (Urwahl am 20. Oktober) wurde Wilhelm Farr aus Weilburg (Nationalliberale Partei) mit Unterstützung der Fortschrittspartei gewählt; Kreisrichter Riedel aus Limburg unterlag.

¹³ Limburger Anzeiger vom 28.10. und 08.11.1893 (Privatarchiv Kloos).

¹⁴ Limburger Anzeiger vom 04.11.1898; 15., 16. und 17.09.1891; 28.11.1903 und 15.11.1909 (Privatarchiv Kloos).

¹⁵ KÜHNE, Handbuch (wie Anm. 7) S. 692; die folgenden Angaben zu den Wahlen alle aus Kühne.

- 1879: Vier Wahlgänge mussten am 17. Oktober (Urwahl am 30. September) durchgeführt werden, bis Johannes Tripp, Gutsbesitzer in Burghof, Unterwesterwaldkreis (Zentrum) durch die Unterstützung der Konservativen gewählt war. Farr unterlag, der Konservative kandidierte nicht mehr im 3. und 4. Wahlgang.
- 1882: Auch bei der Wahl am 26. Oktober (Urwahl am 19. Oktober) ging erst im vierten Wahlgang Wilhelm Farr aus Weilburg (diesmal Liberale Vereinigung) als Gewählter hervor. Graf Vicor Karl Hans Bogislaw von Schwerin, Landrat im Oberlahnkreis (Konservative Partei), zog im vierten Wahlgang seine Kandidatur zurück; nur Johannes Tripp (Zentrum) kandidierte im vierten Wahlgang gegen Wilhelm Farr.
- 1885: Im zweiten Wahlgang am 5. November (Urwahl am 29. Oktober) konnte sich Dr. Ernst Lieber aus Camberg (Zentrum) durchsetzen; Wilhelm Pfarr (diesmal Deutsch-freisinnige Partei) unterlag in beiden Wahlgängen. Lieber war bereits Abgeordneter seit 1871, gewählt im Unterwesterwaldkreis.

Nach der Umstrukturierung 1885 änderten sich die politischen Kräfteverhältnisse im Wahlkreis. Dadurch, dass das Amt Hadamar nicht mehr zum Wahlbezirk gehörte, wurde das Zentrum im Oberlahnkreis deutlich geschwächt.

- 1888: Am 6. November (Urwahl am 30. Oktober) wurde der Landesdirektor a.D. Friedrich Christian Wirth aus Wiesbaden (Deutsch-freisinnige Partei) gleich im ersten Wahlgang gewählt. Gegen ihn kandidierte nur Thiel aus Weilburg. Wirth schied am 20. Februar 1891 aus.
- 1891: Im dritten Wahlgang bei der Ersatzwahl (für den ausgeschiedenen Direktor Wirth) am 6. Mai 1891 wurde Dr. August Beckmann, Landrat im Landkreis Usingen, (Deutschkonservative Partei) gewählt. Wilhelm Farr (Deutsch-Freisinnige Partei) unterlag.
- 1893: Landrat Dr. Beckmann wurde im zweiten Wahlgang am 7. November (Urwahl am 31. Oktober) erneut gewählt. Gegenkandidaten waren der Landwirt Philipp Fink aus Weyer (Nationalliberale Partei) und der Landwirt Ibach aus Weilburg.
- 1898 Bei der Wahl am 3. November (Urwahl am 27. Oktober) wurde Landrat Beckmann (Deutschkonservative Partei) wiedergewählt; doch wurde am 27. Juni 1899 sein Mandat ungültig.
- 1899 In der folgenden Ersatzwahl vom 11. August unterlag Landrat Dr. Beckmann dem Ingenieur Carl Ferdinand Mischke aus Weilburg (Nationalliberale Partei).
- 1903 Bei der Wahl am 20. November 1903 (Urwahl am 12. November) konnte der Usinger Landrat Dr. Beckmann (Deutschkonservative Partei) das Abgeordnetenmandat zurückerobern. Herausforderer war Carl Ferdinand Mischke aus Weilburg (Nationalliberale Partei).
- 1908 Auch bei der Wahl am 16. Juni (Urwahl am 3. Juni) wurde Landrat Dr. Beckmann wiedergewählt. Gegenkandidat war Landwirt und Bürgermeister Hepp von Seelbach (National-liberale Partei).
- 1913 Bei der Wahl am 3. Juni 1913 (Urwahl am 16. Mai) wurde der Amtsgerichtsrat Dr. Walter Lohmann aus Weilburg (Nationalliberale Partei) gegen Peter Paul Cahensly aus Limburg (Zentrum) gewählt. Lohmann war bereits 1908 vom Oberwesterwald als Abgeordneter gewählt worden. Cahensly wurde 1913 dennoch Abgeordneter; er wurde ohne Gegenkandidat im Kreis Limburg gewählt.

Die Abgeordneten aus dem Kreis Limburg und dem Oberlahnkreis

Wenn im Folgenden die Namen der Abgeordneten des preußischen Abgeordnetenhauses aus Orten des heutigen Landkreises Limburg/Weilburg in alphabetischer Reihenfolge gebracht werden, muss bedacht werden, dass die Gewählten - übrigens damals wie heute - nicht notwendig auch im Wahlkreis wohnen mussten. Im Gegensatz zum heutigen Wahlrecht konnte damals jemand in zwei Wahlbezirken zum Abgeordnetenhaus kandidieren; so kandidierte z. B. Beispiel Dr. Ernst Lieber aus Camberg bei der gleichen Wahl 1882 für den Obertaunuskreis und den Unterlahnkreis.

Büchting, Robert; Landrat des Kreises Limburg; Nationalliberale Partei;
Abgeordneter 1913 bis 1918; gewählt im Oberwesterwaldkreis.
Cahensly, Peter Paul Simon; Kaufmann in Limburg; Zentrum;

- Abgeordneter 1885 bis 1913; 1885 gewählt im Unterwesterwaldkreis, ab 1888 gewählt im Kreis Limburg.¹⁶
- Farr, Wilhelm; 1876 Kaufmann; Weilburg; Nationalliberale Partei;
Abgeordneter von 1877 bis 1879 und von 1883 bis 1885, gewählt vom Oberlahnkreis; 1885 bis 1888 Bürgermeister in Weilburg.
- Filbry, Hermann; Landgerichtsrat in Limburg; Zentrum;
Abgeordneter 1879 bis 1882; gewählt im Wahlkreis Altenkirchen - Neuwied.
- Gerhardus, Heinrich; Amtsgerichtsrat in Limburg; Zentrum;
Abgeordneter 1905 bis 1918; gewählt im Wahlkreis Altenkirchen / Neuwied.
- Hahn, Oscar; Landrat des Oberlahnkreises; Weilburg; Deutschkonservativer
Abgeordneter von 1871 bis 1873, gewählt im Oberlahnkreis. Hahn war auch später noch Abgeordneter, jedoch gewählt vom Wahlkreis Bromberg.
- Herkenrath, Heinrich; Redakteur, Generalsekretär; Zentrum;
Abgeordneter 1916 bis 1918; gewählt im Kreis Limburg.
- Ibach, Johann; Pfarrer in Villmar; Zentrum
Abgeordneter von 1874 bis 1880, gewählt im Wahlkreis Daun - Prüm - Bitburg.
- Klein, Karl; Dr. theol.; erster Generalvikar des Bistums Limburg; 1886 zum Bischof von Limburg ernannt; gest. 06.02.1898; Zentrum;
Abgeordneter 1867 bis 1870; gewählt im Unterwesterwaldkreis.
- Knapp, Johann; Gutsbesitzer in Dauborn; Deutsche Fortschrittspartei, später Nationalliberale Partei.
Abgeordneter von 1868 bis 1870 und von 1874 bis zu seinem Tod 1875, gewählt im Oberlahnkreis.¹⁷
- Lieber, Ernst, Dr. jur.; Camberg; Zentrum
Abgeordneter von 1871 bis zu seinem Tod 1902, gewählt im Unterwesterwaldkreis bzw. 1886 bis 1889 gewählt vom Oberlahnkreis.¹⁸
- Lohmann, Walter, Dr. phil.; Amtsgerichtsrat, Weilburg; Nationalliberale Partei;
Abgeordneter 1908 bis 1918, 1908 gewählt im Oberwesterwaldkreis, 1913 im Oberlahnkreis.
- Mischke, Carl Ferdinand; Ingenieur; Weilburg; Nationalliberale Partei;
Abgeordneter von 1899 bis 1903, gewählt im Oberlahnkreis.
- Riedel; Kreisrichter, Limburg; Deutsche Fortschrittspartei;
Abgeordneter 1875 bis 1876; gewählt im Oberlahnkreis.
- Thissen, Eugen; 1858 bis 1869 Stadtpfarrer von Frankfurt; ab 1870 residierender Domkapitular;
Zentrum;
Abgeordneter 1870 bis zu seinem Tod 1877; gewählt in seiner Heimat (Wahlkreis Eupen / Aachen).
- Wirth; Amtmann a.D.; Hadamar; Zentrum; Wirth wurde am 17.11.1867 von den Wahlmännern gewählt; er lehnte die Wahl jedoch ab. In der Ersatzwahl wurde dann Generalvikar Klein gewählt.

Mehr als fünfzig Jahre haben die Menschen hier zu Lande darum gerungen, wer sie nun im preußischen Abgeordnetenhaus zu Berlin vertreten soll. Es sind viele Namen und viele Wahltermine genannt worden; es wurde ein Wahlrecht vorgestellt, das die Stimme nach dem Geldbeutel gewichtete. 1867 war es noch nicht lange her, dass politische Parteien (wieder) erlaubt waren. Die Demokratie war noch in weiter Ferne, aber die politischen Parteien fingen an, sich zu formieren, sich zu profilieren, Anhänger zu suchen und politischen Einfluss auszuüben. All das war damals ungewohnt. Sehr schnell lernten die politisch Handelnden, dass man oft, um des Zieles willen, Wahlbündnisse, Wahlabsprachen treffen muss. Politische Schaufensterreden sind die eine Seite, die Absprache mit den Konkurrenten ist die andere.

1885 hat man den Wahlkreis Limburg gebildet. Wollte man dem Zentrum im Nassauer Land den Weg ins Abgeordnetenhaus erleichtern und so den Katholiken im Land entgegenkommen? Vielleicht wollte man aber die als Unruhestifter Angesehenen in einem Wahlkreis zusammenfassen, damit sie

¹⁶ Vgl. STAUDT, Alois: Peter Paul Cahensly 1838 - 1923. In: Limburg - Weilburg (wie Anm. 3), S. 565 f.

¹⁷ Vgl. WAGNER, Rudolf: Johannes Knapp VI. 1807 - 1875. In: Limburg - Weilburg (wie Anm. 3), S. 549 - 551.

¹⁸ Vgl. TRAUT, Michael: Ernst Maria Lieber 1838 - 1902. In: Limburg Weilburg (wie Anm. 3), S. 567 f.

(und ihre Ideen) sich nicht über mehrere Wahlkreise verteilen. Seit 1974 sind der Oberlahnkreis und der alte Kreis Limburg wieder in einem Landkreis vereinigt.

Es sind Namen genannt worden, die bis heute im Land bekannt sind: der konservative Dr. Ernst Lieber aus Camberg, der in Limburg überaus beliebte Peter Paul Cahensly, der bei der Stadtverordnetenwahl 1899 von der dritten Steuerklasse als Kandidat vorgeschlagen und gewählt worden war, obwohl er nicht zu dieser Steuerklasse gehörte; Dr. Walter Lohmann, der noch 1938 öffentlich für seinen in der Tageszeitung verunglimpften jüdischen Freund, Amtsgerichtsrat Julius Orb, eintrat, „ein aufrechter Demokrat“, der in Weilburg „hohes Ansehen“ genoss.¹⁹

¹⁹ Weilburg an der Lahn - Lexikon zur Stadtgeschichte, Hrsg. Kreisausschuß (Kreisheimatstelle) des Landkreises Limburg-Weilburg. 1997, S. 241.